

GYMNASIUM

Gut  
erklärt!  
LERN-  
VIDEOS



ABITUR-WISSEN

Prüfungswissen Geschichte



**STARK**

## Deutschland in der Besatzungszeit 1945–1949



Wittenbergplatz, Westberlin 1948: Eine lange Schlange wartet darauf, die wertlos gewordene Reichsmark gegen die neue Deutsche Mark einzutauschen. Viele der Männer und Frauen machen einen fröhlichen, hoffnungsvollen Eindruck. Tatsächlich sorgte die Währungsreform von 1948 schlagartig dafür, dass sich die Geschäfte nach den Entbehrungen der unmittelbaren Nachkriegsjahre wieder füllten. Letztendlich stellte die Einführung einer neuen, stabilen Währung eine der wesentlichen Voraussetzungen des „Wirtschaftswunders“ der frühen Bundesrepublik dar.

## 1 1945 als „Stunde Null“?

**bedingungslose Kapitulation Deutschlands:** von den Alliierten ab der Konferenz von Casablanca 1943 vertretenes Kriegsziel

Da die deutsche Kapitulation gegenüber den Westmächten und der Sowjetunion getrennt erfolgte, wird heute an unterschiedlichen Tagen an das Kriegsende erinnert: in Großbritannien, Frankreich und den USA am **8. Mai**, in Russland am **9. Mai**.

**Demobilisierung:** Auflösung eines Heeres

**„Displaced Persons“:** Personen, die sich während und nach Ende des Zweiten Weltkriegs nicht in ihrer Heimat befanden (z. B. Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene, Häftlinge in Konzentrations- und Vernichtungslagern)



Das sächsische Dresden hatte im Februar 1945 die heftigsten alliierten Luftangriffe erlebt, die während des Zweiten Weltkriegs auf eine deutsche Stadt geflogen worden waren.

Die **bedingungslose Kapitulation** des Deutschen Reichs vom 7. bis 9. Mai 1945 stellte eine wesentliche Zäsur in der deutschen Geschichte dar. Deutschland war militärisch, wirtschaftlich, politisch und moralisch am Boden. Viele Menschen hatten ihr Leben verloren. Die Städte und die Infrastruktur waren zu einem hohen Prozentsatz zerstört, die Versorgungslage war prekär, der Glaube an eine bessere Zukunft schwach. Man sprach oft von einer „**Stunde Null**“, zumal der deutsche Staat (anders als nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg) nach der Verhaftung der Regierung von Karl Dönitz und der Übernahme der Regierungsgewalt durch die Alliierten (Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945) aufgehört hatte zu existieren. Deutschland war von einem politisch-rechtlichen zu einem rein geografischen Begriff geworden, dessen Grenzen und innere Ausgestaltung fortan allein von den Siegermächten abhingen.

Darüber hinaus befanden sich zahlreiche Angehörige unterschiedlicher Nationalitäten auf der **Flucht** oder auf dem Rückweg in die Heimat. Durch die (von den Westmächten hingenommenen) **Massenvertreibungen** aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, die nun im sowjetischen Einflussbereich lagen, die Demobilisierung der Wehrmacht sowie die Befreiung Hunderttausender Lagerinsassen (z. B. KZ-Häftlinge und weitere „**Displaced Persons**“) waren Millionen von Menschen in Bewegung. Allein auf deutscher Seite belief sich die Zahl der Vertriebenen und Flüchtlinge auf ca. 12 Millionen, was großen sozialen Zündstoff barg. Für viele gab es weder Wohnraum noch angemessene Versorgung; der durchschnittliche Kalorienbedarf von 3 000 kcal/Tag konnte oft nur unzureichend gedeckt werden.

Trotzdem ist der Begriff „Stunde Null“ irreführend, da trotz aller Verluste und Zerstörungen z. B. noch qualifizierte Arbeitskräfte und Kapital vorhanden waren, die man wieder aktivieren konnte. So war Deutschland „zwar arm, aber keineswegs unterentwickelt“<sup>1</sup> (Werner Abelshäuser).

Insgesamt waren die Jahre 1945–1949 aus deutscher Sicht eine Phase weitgehender Fremdbestimmung, die man als „**Transformationsphase**“ zwischen Zweitem Weltkrieg und Kaltem Krieg bezeichnen kann, ohne dass sie eindeutig einem der beiden Zeiträume zuzurechnen wäre.

## 2 Die Siegermächte und Deutschland

### 2.1 Vorstellungen über die Gestaltung Deutschlands

Nach dem Sieg über NS-Deutschland war die Frage nach dem Fortbestand der „**unnatürlichen Allianz**“ zwischen den drei kapitalistischen Westmächten und der sozialistischen Sowjetunion die entscheidende Determinante der deutschen Verhältnisse. Der Interessenkonflikt zwischen diesen entgegengesetzten Lagern, der ab 1947 den jahrzehntelangen **Kalten Krieg** prägen sollte, hatte sich bereits 1941 angebahnt.

#### info

##### Kalter Krieg

Ab etwa 1947 bis 1990/91 standen sich die ehemaligen Verbündeten der Anti-Hitler-Koalition in einem machtpolitisch-ideologischen Konflikt gegenüber, der von einer enormen (atomaren) Aufrüstung geprägt war, letztlich aber nie offen und direkt zwischen beiden Parteien eskalierte. Der westlich-kapitalistische Block wurde von den USA und der NATO geführt, der östlich-sozialistische Block von der Sowjetunion und dem Warschauer Pakt.

**NATO:** westliches Militärbündnis, 1949 gegründet, bis heute existent

**Warschauer Pakt:** östliches Militärbündnis, 1955 gegründet, 1991 aufgelöst

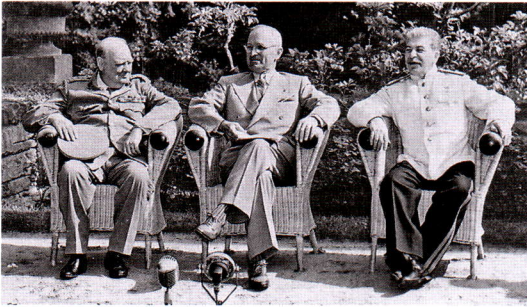
Lange Zeit hatte die Sowjetunion die Hauptlast des Kriegs zu tragen, während die USA und Großbritannien ihr Einschreiten in Europa immer wieder hinauszögerten und sich auf finanziell-materielle Unterstützung bzw. Einsätze auf den asiatischen, arabischen und afrikanischen Schauplätzen beschränkten. Durch ihr zögerliches Eingreifen überließen sie die **Befreiung Osteuropas** weitgehend der Sowjetunion, die durch das Vordringen der Roten Armee Fakten schuf, die kaum mehr zu revidieren waren: So konnte die Sowjetunion letztlich ihr Interesse am östlichen Teil Polens jenseits der Curzon-Linie, an Ostpreußen und an Königsberg durchsetzen, wofür Polen im Rahmen einer **Westverschiebung** durch deutsche Gebiete bis zur **Oder-Neiße-Linie** entschädigt wurde.

Bereits während des Zweiten Weltkriegs traten verschiedene Vorstellungen zutage, wie man im Falle eines Sieges mit dem Deutschen Reich umgehen sollte, darunter die Schaffung eines Agrarstaats („**Morgenthau-Plan**“), die Zersplitterung („Balkanisierung“) Deutschlands oder die Einbindung des Kriegsverlierers in eine neue, durch die „**Atlantik-Charta**“ (1941) proklamierte Weltordnung. Kleinster gemeinsamer Nenner waren die Zerschlagung Preußens, die Aufteilung Deutschlands in zunächst drei Besatzungszonen und die vorläufige Einigung auf den „geografischen Begriff“ „Deutschland in den Grenzen von 1937“, also vor dem Anschluss Österreichs und des Sudetenlands.

**Curzon-Linie:** 1919 vom britischen Außenminister George Curzon vorgeschlagene Grenzlinie zwischen Russland und Polen

„**Morgenthau-Plan**“: von US-Finanzminister Henry Morgenthau 1944 ausgearbeiteter Vorschlag; nicht umgesetzt, da man glaubte, ein zu schwaches Deutschland könnte dem Kommunismus zum Opfer fallen

**Atlantik-Charta:** von Roosevelt und Churchill 1941 aufgestellte Grundsätze für eine neue freiheitliche und friedliche Weltordnung



Die „**Großen Drei**“ auf der Konferenz von Potsdam: Der britische Premierminister Winston Churchill (links) wurde kurz darauf durch Clement Attlee abgelöst. US-Präsident Harry Truman (Mitte) war im April 1945 auf den verstorbenen Franklin D. Roosevelt gefolgt. Die Sowjetunion wurde auf sämtlichen großen Kriegskonferenzen durch Diktator Josef Stalin vertreten.

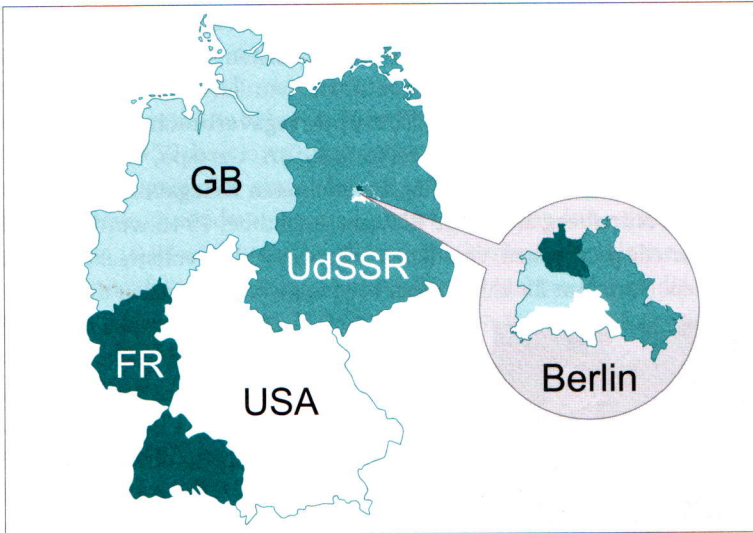


Lernvideo: **Die Kriegskonferenzen 1941–1945**

Für die Nachkriegszeit maßgeblich waren die Ergebnisse der **Konferenzen von Teheran** (November/Dezember 1943), **Jalta** (Februar 1945) **und Potsdam** (Juli/August 1945), auf denen die „Großen Drei“ die Grundzüge des Umgangs mit Deutschland festlegten. Im Abschlussprotokoll von Potsdam („**Potsdamer Abkommen**“) wurden am 2. August 1945 folgende Punkte festgehalten:

- Deutschland als (wirtschaftliches) Ganzes sollte von einem **Alliierten Kontrollrat** (bestehend aus den Oberbefehlshabern der alliierten Streitkräfte) regiert werden, dem als vierte Siegermacht letztlich auch noch Frankreich angehörte.
- Deutschland und seine ehemalige Hauptstadt Berlin wurden in **vier Besatzungszonen bzw. Sektoren** aufgeteilt. Dabei bildete die Grenze zwischen den westlichen Besatzungszonen und der sowjetischen Zone (SBZ) die spätere Grenze zwischen Bundesrepublik und DDR. Für Berlin als Ganzes war die **Alliierte Kommandantur** zuständig.
- Die Abtretung aller deutschen Gebiete östlich der **Oder-Neiße-Linie** an Polen und die Sowjetunion sowie die damit verbundene **Westverschiebung Polens** wurden akzeptiert. Die bereits durchgeführte bzw. noch folgende **Vertreibung** der in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn lebenden Deutschen wurden als „Überführung der deutschen Bevölkerung“<sup>2</sup> legalisiert, die eigentlich „in ordnungsgemäßer und humaner Weise“<sup>3</sup> hätte umgesetzt werden sollen.
- Deutschland sollte gemäß der „**5 Ds**“ behandelt werden: Denazifizierung, Demokratisierung, Demilitarisierung, Dezentralisierung und Demontage von Industrieanlagen. Über die genaue Höhe der deutschen Reparationsverpflichtungen bestand keine Einigung.

Schon unmittelbar nach Unterzeichnung des Protokolls war strittig, ob dieses einen völkerrechtlichen Vertrag (Stalin) oder bloß eine Absichtserklärung (Truman) darstellte. Darüber hinaus war früh absehbar, dass beide Seiten die Inhalte des Abkommens und Schlüsselbegriffe wie „Demokratie“ unterschiedlich auslegen und umsetzen würden. Letztlich bestätigten die folgenden Jahre eine Aussage Stalins, dass jede Siegermacht versuchen würde, ihrer Besatzungszone ihr System aufzuerlegen, wodurch die Idee vom Erhalt der Einheit immer fragwürdiger wurde.



### Die vier **Besatzungs-**zonen und die **Berliner Sektoren**

Da der Entschluss zur Einrichtung einer eigenen französischen Besatzungszone erst relativ spät gefallen war, wurde diese durch Abtretungen aus der US-amerikanischen und der britischen Zone gebildet.

## 2.2 Entnazifizierung und „demokratische“ Umerziehung

Angesichts der immer weiter zunehmenden Spannungen zwischen den Besatzungsmächten erwies sich der **Alliierte Kontrollrat** bald als ungeeignetes Instrument, um die bestehenden Interessengegensätze auszugleichen, zumal er nur einstimmig Beschlüsse fassen konnte. So kam es auch zu sehr unterschiedlichen Umsetzungen der Potsdamer Beschlüsse. Das Beispiel der „**Denazifizierung**“ zeigt die Größe der Aufgaben, die sich die Alliierten in Deutschland vorgenommen hatten, sowie deren uneinheitliche Umsetzung und Bewältigung.

Um den **Nationalsozialismus zu zerstören** und in Deutschland den Weg zu einer – in Ost und West unterschiedlich angestrebten – **demokratischen Ordnung** zu ebnen, wurden im Zuge der Entnazifizierung in allen Besatzungszonen die NSDAP und ihre Organisationen verboten und Gesetze aus der NS-Zeit aufgehoben. Bevor man die Verwaltung allerdings auch nur ansatzweise wieder in deutsche Hände legen konnte, wollte man sicher sein, dass man sie nicht an ehemalige Nationalsozialisten (zurück)gab. Dabei stellte sich jedoch die Frage, wie man mit den allein 8,5 Millionen **NSDAP-Mitgliedern** und den Millionen von Angehörigen der ihr unterstellten **Massenorganisationen** (z. B. DAF, Hitlerjugend, Reichsarbeitsdienst) umgehen sollte.

→ **DAF, Hitlerjugend, Reichsarbeitsdienst**  
vgl. S. 210 f.

Bei der Besetzung von Posten griffen die Alliierten zunächst auf „**weiße Listen**“ mit ihnen unverdächtigen Antifaschisten sowie Politikern aus der Weimarer Zeit zurück. Darüber hinaus wurden ab November 1945 die Elite des „Dritten Reiches“ als **Hauptkriegsverbrecher** und die besonders belasteten Organisationen (u. a. SS, SA, Gestapo, Wehrmachtsführung) vor einem eigens dafür eingerichteten **Kriegsverbrechertribunal in Nürnberg** angeklagt. Bis zum 1. Oktober 1946 wurden zwölf Todesurteile gesprochen, von denen zehn tatsächlich vollstreckt werden konnten. Nachdem die zahlreichen beispiellosen Verbrechen der Nationalsozialisten in den Konzentrations- und Vernichtungslagern bekannt geworden waren, erschien der Anklagepunkt „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ den meisten Beobachtern nachvollziehbar, obwohl er nicht unmittelbar aus dem Völkerrecht oder dem deutschen Recht abzuleiten war. Schwieriger war der Vorwurf, einen Angriffskrieg vorbereitet zu haben, da dies bis dahin im Völkerrecht nicht unter Strafe gestellt war. In einer Reihe von Nachfolgeprozessen wurden noch einzelne Berufs- und Gesellschaftsgruppen (z. B. Ärzte, Juristen, Unternehmer, Diplomaten, Wachmannschaften) angeklagt; auch hierbei nutzte man die Chance, über die NS-Vergangenheit aufzuklären. Insgesamt blieb an der juristischen Aufarbeitung der NS-Zeit jedoch der Makel der „**Siegerjustiz**“ haften, zumal deutsche Gerichte zunächst von den



Die noch lebende NS-Führung während des **Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses** 1945/46: Angeklagt war sie wegen Verschwörung und Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Der Internationale Militärgerichtshof sprach zwölf Todesurteile aus, u. a. gegen Hermann Göring, Wilhelm Frick und Joachim von Ribbentrop.

**Spruchkammern:** Laiengerichte mit deutschem Personal (meist von den Parteien ausgewählt)

Ermittlungen ausgeschlossen waren, was die Akzeptanz innerhalb der deutschen Bevölkerung schwinden ließ.

Die Entnazifizierung der Bevölkerungsmehrheit erfolgte durch Verfahren vor **Spruchkammern** und anhand von **Fragebögen**, durch die die Betroffenen in eine von fünf Kategorien („Hauptschuldige“, „Belastete“, „Minderbelastete“, „Mitläufer“ oder „Entlastete“) eingeteilt wurden. In der US-Zone startete man sehr ambitioniert mit einem 131-Punkte-Fragebogen. Doch bereits im Frühjahr 1946 stellte man fest, dass eine konsequente Durchführung der Aktion dazu führen würde, dass Hunderttausende Stellen in der Verwaltung unbesetzt bleiben und zahlreiche Menschen eingesperrt werden müssten, was vor dem Hintergrund des Wiederaufbaus Deutschlands als nicht praktikabel galt.

In der SBZ wurden Verwaltung und Justiz konsequent „gesäubert“, aber auch hier zeigte sich, dass man auf belastete Experten nicht völlig verzichten konnte. In der Justiz versuchte man sich mit ideologisch geschulten „Volksrichtern“ zu behelfen. Eine Besonderheit waren **Speziallager**, die man bis 1950 dazu nutzte, um neben ehemaligen Nationalsozialisten politische Gegner der eingeleiteten gesellschaftlichen Umwälzungen (z. B. Liberale, Sozialdemokraten, Konservative) mundtot zu machen. Spätestens 1948 wich bei allen Alliierten das Interesse an einer nachhaltigen Entnazifizierung einer pragmatischeren Sichtweise; an die Stelle der Bestrafung ehemaliger Nationalsozialisten trat deren Resozialisierung, also ihre Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Letztlich kam es auch hier nicht zur erwünschten Wirkung: Statt einer tiefgreifenden „**Reeducation**“ („Umerziehung“), die die Bevölkerung von Obrigkeitsstaat und Militarismus hin zu demokratischem bzw. antifaschistischem Denken führen sollte (z. B. durch Maßnahmen in Presse und Bildung), machte sich eher ein Gefühl der Ungerechtigkeit breit. Dies lag u. a. auch daran, dass sich viele Beschuldigte entlastende Aussagen („**Persilscheine**“) kauften, um sich von ihrer Vergangenheit „reinzuwaschen“.

Als **Speziallager** nutzte man u. a. die ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald (bei Weimar) und Sachsenhausen (Oranienburg bei Berlin).

„**Persilscheine**“: Aussagen von unbelasteten Personen sowie Gegnern und Opfern des NS-Regimes zugunsten von Nationalsozialisten (benannt nach dem Waschmittel „Persil“)

### 2.3 Neubeginn in Politik und Medien

Obwohl die Wiederbelebung der politischen Sphäre eigentlich erst nach einer (aus Sicht der jeweiligen Besatzungsmacht) erfolgreichen „Umerziehung“ der Bevölkerung erfolgen sollte, erteilten die Alliierten schon 1945 Lizenzen für die Neuformierung **politischer Parteien**. Zu besonderen Entwicklungen kam es in der SBZ: Dort wurden die zugelassenen Parteien (KPD, SPD, CDU, LDPD) in der „**Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien**“ zusammengefasst. Außerdem erzwang die sowjetische Militäradministration (SMAD) 1946 die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien SPD und KPD zur **Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands** (SED), der sich die West-SPD unter Kurt Schumacher aber konsequent verweigerte.

Der parteipolitische Neubeginn gelang den im Hinblick auf die NS-Zeit weitgehend unbelasteten **Sozialdemokraten** (SPD) und **Kommunisten** (KPD) am schnellsten. Die NSDAP und weitere nationalistische Parteien der Weimarer Zeit waren hingegen verboten. Die **Liberalen**, die seit ihren Anfängen im 19. Jahrhundert gespalten gewesen waren, einigten sich im Westen nach diversen Neugründungen 1948 auf den Namen **FDP** (Freie Demokratische Partei). Eine „Neuerfindung“ im Parteienspektrum waren die **Schwesterparteien CDU und CSU** (Christlich



**Kurt Schumacher** (1895–1952): sozialdemokratischer Politiker, Gegner der Nationalsozialisten (langjährige KZ-Haft), einer der Gründungsväter der Bundesrepublik

Demokratische Union Deutschlands bzw. Christlich-Soziale Union in Bayern), die zwar die Tradition des katholischen Zentrums und der BVP weiterführten, sich nun aber als überkonfessionelle Volksparteien auch für Protestanten anboten.

Ebenfalls unverzichtbar für den demokratischen Neuanfang waren die **Medien**, in erster Linie Rundfunk und Presse. Auch hier brauchte man spezifische Lizenzen der Besatzungsmächte, wobei diese den **Rundfunk** zunächst selbst übernahmen und erst gegen Ende der Besatzungszeit in deutsche Verantwortung übergaben. Im Westen orientierte man sich bei der Gründung von „Anstalten des öffentlichen Rechts“ an der britischen BBC. Die SBZ richtete bereits 1945 eigene Rundfunkanstalten ein, die unter strikter Kontrolle der SMAD standen.

In der **Presse** wurden Publikationen der Militäradministrationen früh durch lizenzierte, aber von Presseoffizieren überwachte Zeitungen abgelöst. Im Westen erteilten die Franzosen 33 Lizenzen, die Amerikaner und Briten jeweils 61. War es zuerst nützlich, wenn sich Kommunisten unter den Bewerbern befanden, sorgten die Amerikaner ab 1947 dafür, dass diese aus Herausgebergremien verschwanden. Insgesamt litten die Zeitungen unter gravierendem Papiermangel, sodass sie oft sehr dünn waren und selten erschienen. Im Osten zeigte sich die Bevorzugung der kommunistischen Presse durch eine entsprechende Papierzuteilung.

**BBC** (British Broadcasting Cooperation): öffentlich-rechtliche sowie älteste nationale Rundfunkanstalt (Radio, Fernsehen, heute auch Internetangebote)

## 2.4 Die wirtschaftliche Entwicklung

Auch in wirtschaftlicher Hinsicht entwickelten sich die Besatzungszonen rasch auseinander. In der SBZ nahm man 1945/46 eine **Bodenreform** mit Enteignungen und Umverteilungen des Großgrundbesitzes vor. In der Industrie führte man **Verstaatlichungen** durch und gründete erste Volkseigene Betriebe (VEB). In den „Junkern“ und „Schlotbaronen“ sah man gesellschaftsfeindliche Kräfte, die den Nationalsozialismus maßgeblich gefördert hätten. Zudem wurden die in Potsdam vereinbarten **Demontagen** stärker als im Westen umgesetzt.

1946 deutete sich eine Wende in der Besatzungspolitik der USA an: Man wolle, so US-Außenminister James F. Byrnes, die zonalen Beschränkungen des deutschen Wirtschaftsraums abbauen und dem deutschen Volk die Regierungsverantwortung zurückgeben. Da sich Frankreich und die Sowjetunion derartigen Plänen verweigerten, wurde am 2. Dezember 1946 zuerst die amerikanisch-britische **Bizone** vereinbart. Deren Wirtschaftsrat stellte eine Art Parlament aus Vertretern der Länder und eine Art Regierung aus Verwaltungsdirektoren dar. Hauptzuständiger für

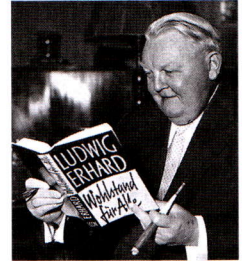
Am 6. September 1946 hielt **Byrnes** in Stuttgart seine „Rede der Hoffnung“, in der es u. a. heißt: „Das amerikanische Volk hofft, ein friedliches und demokratisches Deutschland zu sehen, das seine Freiheit und Unabhängigkeit erlangt und behält.“<sup>4</sup>

Wirtschaftsfragen wurde 1948 der parteilose Marktwirtschaftler **Ludwig Erhard**, der in der Folgezeit wichtige Entscheidungen in Richtung **Soziale Marktwirtschaft** fällt. Im April 1949 wurde die Bizone noch um die französische Zone zur **Trizone** erweitert.

## info

### Soziale Marktwirtschaft

Unter dem Begriff versteht man eine Wirtschaftsform, die auf Privateigentum, persönlicher Freiheit und freien Märkten basiert, aber die sozialen Nachteile einer rein kapitalistischen Wirtschaft (z. B. USA) vermeiden soll. Die Grundidee besteht darin, die Dynamik und Produktivität der Marktwirtschaft zu nutzen, ihre negativen Tendenzen – z. B. die Ausschaltung von Konkurrenz (durch Monopole, Kartelle und Preisbindungen), das ungleichmäßige Wachstum des Sozialprodukts sowie die Risiken von Armut, Alter, Krankheit oder Arbeitslosigkeit – hingegen durch Ordnungs-, Konjunktur- und Sozialpolitik zu verhindern bzw. abzumildern. Ausgehend von verschiedenen theoretischen Vorarbeiten wurde die Soziale Marktwirtschaft in den 1950er-/1960er-Jahren von Alfred Müller-Armack und Ludwig Erhard (als eine Art „dritter Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus) politisch ausgestaltet. Der Begriff wurde auch oft propagandistisch verwendet, um das „Wirtschaftswunder“ zu begründen.



**Ludwig Erhard** (1897–1977): 1948/49 Direktor für Wirtschaft der Bizone bzw. Trizone, 1949–1963 Bundesminister für Wirtschaft, 1963–1966 zweiter Bundeskanzler für die CDU

Die endgültige **Spaltung des deutschen Wirtschaftsraums** erfolgte vor dem Hintergrund der Differenzen zwischen der Sowjetunion und den USA, die sich ab 1947 im **Kalten Krieg** feindlich gegenüberstanden. Aus westlicher und besonders aus amerikanischer Sicht galt es den Vormarsch des Sowjetkommunismus zu stoppen, der sich schon hinter dem „**Eisernen Vorhang**“ (Winston Churchill) vollzogen hatte.

### Aus der Rede des britischen Staatsmannes Winston Churchill vom 5. März 1946 (Fulton, USA)<sup>5</sup>

Großbritannien – und sicher auch Amerika – empfindet für die Völker Rußlands Sympathie und Wohlwollen, und es ist entschlossen, trotz allen Differenzen und Rückschlägen unentwegt an der Errichtung einer dauernden Freundschaft mit Rußland zu arbeiten. Wir verstehen, daß Rußland seine Grenzen im Westen gegen einen eventuellen neuen deutschen Angriff sichern muß. Von Stettin an der Ostsee bis hinunter nach Triest an der Adria ist ein „Eiserner Vorhang“ über den Kontinent gezogen. Hinter jener Linie liegen [...] Warschau, Berlin, Prag, Wien, Budapest, Belgrad, Bukarest und Sofia. Alle jene berühmten Städte liegen in der Sowjetsphäre und alle sind sie in dieser oder jener Form nicht nur dem sowjetrussischen Einfluß ausgesetzt, sondern auch in ständig zunehmendem Maße der Moskauer Kontrolle unterworfen.

ZITAT



**Harry S. Truman** (1884–1972): 33. US-Präsident, bekannt für die „Truman-Doktrin“ vom 12. März 1947, in der die USA der „freien“ Welt Unterstützung gegen den Kommunismus versprochen

Als die Sowjetunion versuchte, die Entwicklungen auf dem Balkan und im griechischen Bürgerkrieg in ihrem Sinne zu beeinflussen, trieb US-Präsident Truman die amerikanische „**Containment-Policy**“, also die Eindämmung des Kommunismus voran, vorrangig mit den wirtschaftlich-finanziellen Mitteln des **Marshallplans**: Das **European Recovery Program** (ERP) stellte v. a. Kredite zum Wiederaufbau und zur Wiederbelebung des europäischen und transatlantischen Wirtschaftsraums zur Verfügung. Dieses Angebot richtete sich an alle europäischen Länder, obwohl schnell klar war, dass die Sowjetunion eine Beteiligung der Staaten in ihrem Herrschaftsbereich verhindern würde.

Zwar erhielt der westliche Teil Deutschlands nur zehn Prozent der Mittel in Höhe von insgesamt rund 14 Milliarden Dollar; dennoch war das Programm eine wertvolle Initialzündung und ein wichtiger, wenn auch nicht der einzige Grund für das spätere „Wirtschaftswunder“. Es stellte die westdeutsche Wirtschaft in den europäischen Kontext, ermöglichte den Handel mit den USA und machte klar, dass zumindest Westdeutschland wieder als Teil der Weltgemeinschaft gesehen wurde, was psychologisch äußerst bedeutsam war.

Entscheidende politisch-wirtschaftliche Auswirkungen sollten auch die von den USA vorbereitete **Währungsreform** vom 20. Juni 1948 und die Einführung einer stabilen neuen Währung, der **Deutschen Mark** (DM), in den Westzonen haben. Dies schuf weitere Fakten im Hinblick

auf den wirtschaftlichen Aufschwung im Westen und die deutsche Teilung. Die bestehende Inflation wurde erfolgreich bekämpft, indem die Geldmenge der Warenmenge angepasst und Sparguthaben entwertet wurden. Insgesamt durfte jeder Deutsche 40 DM, später nochmals 20 DM umtauschen. Die Maßnahmen der Währungsreform führten dazu, dass die Schulden des Deutschen Reiches beseitigt und private Ersparnisse weitgehend verloren waren, wohingegen Besitzer von Sachwerten im Vorteil waren. Letztere sollten aber später noch zu einem „Lastenausgleich“ herangezogen werden.

Schnell wurde die Währungsreform im **Alltag der Menschen** sichtbar: Plötzlich waren bisher gehortete Warenbestände in den Geschäften verfügbar; der Handel auf dem Schwarzmarkt, auf dem man Zigaretten als Ersatzwährung benutzt hatte, verschwand. Ab diesem Zeitpunkt wurden immer weniger Güter über Bezugsscheine bzw. Lebensmittelmarken ausgegeben, zudem fand die Preisbindung ein Ende. Hier zeigte sich aber, dass die Löhne oft nicht für den Lebensunterhalt ausreichten, was zu Protesten der Gewerkschaften führte.



US-Werbeplakat (1950): Das Windrad zeigt die Länder, die am ERP teilnahmen, darunter die 1949 gegründete Bundesrepublik Deutschland. Benannt wurde das Programm nach US-Außenminister George C. Marshall.

Aus sowjetischer Sicht war die Nachkriegswelt in ein „imperialistisches“ und ein „sozialistisches Lager“ gespalten, wobei die UdSSR die Führung der antiimperialistischen Kräfte beanspruchte (**Schdanows „Zwei-Lager-Theorie“**). Die zunehmenden Spannungen zwischen beiden Seiten machten sich 1948 deutlich bemerkbar: Die Sowjetunion nutzte die Währungsreform, um in Berlin ein Exempel zu statuieren und die Westalliierten so stark unter Druck zu setzen, dass sie den Westteil Berlins aufgeben sollten. Anstelle der DM führte man im Berliner Ostsektor die **Ostmark** ein. Gleichzeitig sperrte man ab 24. Juni 1948 die Transitwege zwischen den Westzonen und Westberlin; zudem wurde die Versorgung der Stadt mit Strom, Wasser und wichtigen Produkten behindert. Etwa zwei Millionen Westberliner befanden sich in einer Art Geiselhaft.

Letztendlich lief die **Berlin-Blockade** (Juni 1948–Mai 1949) aber ins Leere, da die Westalliierten in einer beispiellosen Aktion Westberlin über eine „**Luftbrücke**“ versorgten. Nach einem Jahr wurden die Transportwege zu Lande wieder geöffnet. Die Präsenz der Westmächte in Berlin sowie die Bindung der Westsektoren an die westlichen Zonen (nun auch über die DM als gemeinsame Währung) wurden bestätigt. Noch wichtiger war aber die **psychologische Wirkung** im Westen Deutschlands: Während die UdSSR erneut als Feindin dastand, wurden die westlichen Alliierten zunehmend nicht mehr nur als Besatzer, sondern als Verbündete oder sogar Freunde wahrgenommen. Westdeutschland war im Kalten Krieg angekommen.

**Schdanows „Zwei-Lager-Theorie“:** Nur wenige Monate nach der „Truman-Doktrin“ sprach auch Stalins enger Mitarbeiter Andrei Schdanow am 25. September 1947 von einer Zweiteilung der Welt.



Ein „Rosinenbomber“ im Anflug auf Westberlin: Amerikanische und britische Transportflugzeuge brachten täglich Tonnen von Lebensmitteln und weiteren wichtigen Hilfsgütern in die von der Außenwelt abgeschnittenen Westsektoren. Zur Freude der Kinder warfen die Piloten auch Päckchen mit Süßigkeiten ab.

## 2.5 Die doppelte Staatsgründung

### Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland

Noch während der Berlin-Blockade stellten die westlichen Militärgouverneure die entscheidenden Weichen zur **Gründung der Bundesrepublik Deutschland**. Am 1. Juli 1948 wurden die Ministerpräsidenten der elf westdeutschen Länder mit der Bildung einer verfassungsgebenden Versammlung beauftragt (**„Frankfurter Dokumente“**). Auf Wunsch der deutschen Politiker einigte man sich darauf, diese Versammlung „Parlamentarischer Rat“ und die geplante Verfassung „Grundgesetz“ zu

Weiterer Ausdruck des provisorischen Charakters der Bundesrepublik war die Tatsache, dass man **Bonn** anstelle des geteilten Berlin vorübergehend als **Hauptstadt** wählte. Seit der Vollendung der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 ist Berlin wieder Hauptstadt.

nennen, um deren **provisorischen Charakter** zu betonen: Auf das Ziel einer deutschen Einheit wollte man nicht verzichten. Dementsprechend hielt man 1949 in der Präambel des Grundgesetzes fest, das deutsche Volk habe „auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war“<sup>6</sup>, und bleibe „aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“<sup>7</sup>.

Im August 1948 arbeitete ein Konvent in Herrenchiemsee den Entwurf einer Verfassung aus, über den dann in Bonn im Parlamentarischen Rat (Vertreter der Länderparlamente) unter **Konrad Adenauer** beraten wurde. Am 8. Mai 1949 (vier Jahre nach Kriegsende) wurde das **Grundgesetz** verabschiedet und trat am 23. Mai 1949, dem Gründungsdatum der Bundesrepublik Deutschland, in Kraft. Ein Verfassungsreferendum, bei dem die Bevölkerung gefragt worden wäre, fand nicht statt.



**Konrad Adenauer**  
(1876–1967)

→ **Adenauers Außenpolitik** vgl. S. 253 ff.

### biografie

#### Konrad Adenauer

Als Adenauer 1949 im Alter von 73 Jahren Bundeskanzler wurde, hatte er schon eine bewegte Vergangenheit hinter sich. So war er 1933 als Kölner Oberbürgermeister von den Nationalsozialisten entlassen worden; dasselbe passierte ihm 1945 in der britischen Besatzungszone. Katholisch-rheinländisch-antipreußisch geprägt, war der studierte Jurist maßgeblich an der Gründung der CDU, der Ausarbeitung des Grundgesetzes im Parlamentarischen Rat 1948/49 und an der Ausgestaltung der parlamentarischen Demokratie in Westdeutschland beteiligt. Seine Regierungszeit hat die junge Bundesrepublik stark geprägt, so dass man zu Recht von einer „Ära Adenauer“ sprechen kann. Zu seiner politischen Grundhaltung gehörten die Westorientierung der Bundesrepublik, die scharfe Abgrenzung gegenüber der Sowjetunion und das Bekenntnis zu Marktwirtschaft und Wiederbewaffnung. Nur durch eine Politik der Stärke im Bündnis mit Westeuropa und den USA glaubte er, zu einem späteren Zeitpunkt möglicherweise die Wiedervereinigung erreichen zu können. Seine Kritiker warfen ihm vor, dieses Ziel nicht ernsthaft verfolgt, sowjetische Angebote wie die Stalin-Note 1952 abgelehnt und mit der Hallstein-Doktrin unüberwindbare Hürden für eine konstruktive Ostpolitik geschaffen zu haben. Seine außenpolitischen Erfolge lagen v. a. in der Westpolitik: So erreichte er 1955 die weitgehende Souveränität der Bundesrepublik und trieb die europäische Integration und den Ausgleich mit Frankreich voran. In der Bevölkerung wurden v. a. seine Moskau-Reise 1955 und die Rückführung der letzten deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion honoriert. Sein dominanter Führungsstil prägte die Republik („Kanzlerdemokratie“) ebenso wie sein großzügiger Umgang mit der NS-Vergangenheit engster Mitarbeiter und vieler Funktionsträger.

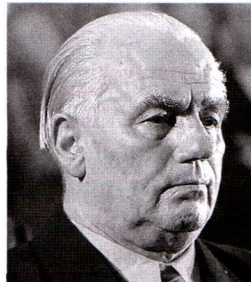
Damit war der **Gründungsakt der Bundesrepublik** vollzogen. Allerdings entschieden die westdeutschen Politiker nicht autonom, sondern in Absprache mit den drei westlichen Besatzungsmächten. Zudem war

der junge westdeutsche Staat nicht völlig souverän: Die Alliierten behielten verschiedene Rechte (z. B. in der Innen- und Außenpolitik sowie in Bezug auf Westberlin), was im **Besatzungsstatut** vom 21. September 1949 festgehalten wurde. Mit dem Grundgesetz bekam Westdeutschland eine demokratische Ordnung in Form einer **parlamentarischen Republik**. Aufgrund von Differenzen auf deutscher Seite, aber auch mit den Alliierten legte man sich in der Verfassung selbst auf **keine konkrete Wirtschaftsordnung** fest; erst spätere Entscheidungen führten zur Sozialen Marktwirtschaft. Im Sommer 1949 bekannte sich die CDU, in der es zuvor sozialistische Tendenzen (Christlicher Sozialismus des „Ahlener Programms“ von 1947) gegeben hatte, in ihren „Düsseldorfer Leitsätzen“ zu dieser Wirtschaftsform. Durch den Sieg bei der **ersten Bundestagswahl** am 14. August 1949 bekam sie die Gelegenheit, ihre Vorstellungen in die Wirklichkeit umzusetzen. Erster Bundeskanzler wurde Adenauer, der einer Regierungskoalition aus CDU, CSU, FDP und DP (Deutsche Partei) vorstand.

### Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

Parallel hierzu entwickelte sich die **ostdeutsche Staatsbildung** in der SBZ, wo man länger am Grundsatz der Einheit festhielt, auch um dem Westen die Schuld an der Teilung geben zu können. Dementsprechend wurden im Dezember 1947 Vertreter aus ganz Deutschland zum ersten **„Deutschen Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden“** eingeladen. Ein zweiter Volkskongress bestimmte im Frühjahr 1948 den Ersten **Deutschen Volksrat**, der sich um die Ausarbeitung einer **Verfassung** kümmerte. Im Mai 1949 wurde schließlich ein weiterer Volkskongress gewählt; dabei kamen **Einheitslisten** zum Einsatz, die die Führungsposition der SED, die sonst nicht mehrheitsfähig gewesen wäre, absichern sollten. Dieser Dritte Volkskongress bestätigte nicht nur den Verfassungsentwurf, sondern wählte darüber hinaus den Zweiten Deutschen Volksrat, der am 7. Oktober 1949 die sozialistische **Deutsche Demokratische Republik** verkündete und sich zur Provisorischen Volkskammer erklärte. Kurz zuvor hatte die UdSSR ihre finale Zustimmung zur Staatsgründung erteilt. **Otto Grotewohl** wurde erster Ministerpräsident und **Wilhelm Pieck** erster Präsident der DDR.

**Einheitsliste:** Wahlvorschlag, bei dem die Sitze schon auf Parteien und Massenorganisationen verteilt waren und der nur im Ganzen angenommen bzw. abgelehnt werden konnte



Die Männer an der Spitze der 1949 gegründeten DDR: **Wilhelm Pieck** (1876–1960, vorher KPD) und **Otto Grotewohl** (1894–1964, vorher SPD).

### 3 Fazit

Nach der Kriegsniederlage und der bedingungslosen Kapitulation 1945 war Deutschlands Zukunft von den Siegermächten abhängig. Am Ende der nun folgenden **Besatzungszeit** stand 1949 die **deutsche Teilung**, die letztlich eine Folge des grundlegenden, seit dem Ende des Ersten Weltkriegs bestehenden Systemkonflikts zwischen Ost und West war. Als ein zentrales Ziel hatten die Alliierten die „**Demokratisierung**“ der Deutschen vereinbart, jedoch blieben alle Versuche einer umfassenden „Vergangenheitsbewältigung“ und „Umerziehung“ von außen rudimentär und wurden schnell vom Kalten Krieg überlagert. Die **parlamentarisch-liberale Demokratie**, wie sie die heutige Bundesrepublik prägt, geht zwar entscheidend auf diese Zeit zurück, musste aber auch von den (West-)Deutschen selbst erarbeitet werden: Erst auf Basis des ökonomischen Wiederaufbaus und in vielen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen wurde und wird sie mit Leben erfüllt, seit der Wiedervereinigung 1990 auch unter Mitwirkung der ostdeutschen Bevölkerung.

Nach der **doppelten Staatsgründung 1949** waren die beiden deutschen Staaten keineswegs souverän, sondern weiter von den jeweiligen Siegermächten abhängig. Vor dem Hintergrund des Kalten Kriegs sorgten die deutsche Teilung und die **Frage der deutschen Einheit** wiederholt für Konfliktpotenzial, so bereits drei Jahre später, als die Sowjetunion mit der „Stalin-Note“ ein umstrittenes, vom Westen abgelehntes Angebot für eine Wiedervereinigung machte. Erst rückblickend zeigte sich, dass die Gründung der Bundesrepublik die entscheidende Grundlage deutscher Staatlichkeit nach dem Zweiten Weltkrieg darstellt(e).

Letztendlich ist es nicht selbstverständlich, die Entwicklung der beiden deutschen Teilstaaten getrennt zu beschreiben, wie dies in den folgenden Kapiteln aus Gründen der Übersichtlichkeit geschehen wird. Tatsächlich befanden sich die Bundesrepublik und die DDR durchgängig in einem, wenn auch **asymmetrischen Verhältnis von „Verflechtung und Abgrenzung“**<sup>8</sup> (Christoph Kleßmann): Während die kleinere DDR stets auf den größeren und wohlhabenderen Nachbarn bezogen war und ständig um ihre Daseinsberechtigung kämpfte, die sie mit dem Ende des Sozialismus 1989/90 auch folgerichtig verlor, galt dies umgekehrt weit weniger. Die Bundesrepublik entfernte sich im Lauf der Jahrzehnte vom Einheitsgebot des Grundgesetzes, das ab den 1970er-Jahren für die meisten Westdeutschen nur noch leeres Bekenntnis oder frommer Wunsch war. Als die **Einheit 1989/90** jedoch für alle Beteiligten überraschend auf die historische Tagesordnung kam, nutzten die Entscheidungsträger die historische Chance, an die sie selbst nicht mehr geglaubt hatten.